

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 13.05.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 17:42 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:35 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	bis 18:15 Uhr
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Sommer	MitBURGER für Halle	
Herr Christian Gluse	SKE	ab 17:15 Uhr
Herr Dr. Henrik Helbig	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Gerry Kley	FDP
Frau Claudia Cappeller	SKE
Frau Undine Klein	SKE
Herr Rainer Köhne	SKE
Herr Dieter Schika	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.04.2014
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12442
  - 4.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ - Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12443
  - 4.3. Neuerrichtung eines lizenzierten Leistungszentrums für den weiblichen und männlichen Nachwuchs des Hallesche Fußballclubs e. V. am Standort Silberhöhe, 7. WK  
Vorlage: V/2014/12541
  - 4.4. Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 „Gartenstadt Gesundbrunnen“  
Vorlage: V/2014/12765
  - 4.5. Bürgerhaushalt Vorschlag B-7 Radwege in Halle-Süd  
Vorlage: V/2014/12462
  - 4.6. Bürgerhaushalt Vorschlag B-9 Budget für Radverkehr  
Vorlage: V/2014/12463
  - 4.7. Bürgerhaushalt Vorschlag B-16 Einbahnstraßenregel  
Vorlage: V/2014/12464
  - 4.8. Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG  
Vorlage: V/2014/12465
  - 4.9. Bürgerhaushalt Vorschlag B-67 Radwege  
Vorlage: V/2014/12470
  - 4.10. Bürgerhaushalt Vorschlag B-75 Kosten- und Aufwand-Reduzierung bei städtischen Bauvorhaben  
Vorlage: V/2014/12471
  - 4.11. Bürgerhaushalt Vorschlag B-28 Um-/Ausbau des Gimritzer Dammes (Straße)  
Vorlage: V/2014/12466
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung  
Vorlage: V/2014/12461
    - 5.1.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung (V/2014/12461)  
Vorlage: V/2014/12715
  - 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Erhaltungssatzungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12498
  - 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer  
Vorlage: V/2012/10617
  - 5.4. Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) für das Areal An der Spitze  
Vorlage: V/2014/12531
  - 5.5. Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch  
Vorlage: V/2014/12620

- 5.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602
- 5.7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12596
- 5.7.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12797
- 5.7.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)  
Vorlage: V/2014/12851
- 5.8. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Ausbau der Internetgeschwindigkeit in der Stadt  
Vorlage: V/2014/12617
- 5.9. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen  
Vorlage: V/2014/12616
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. aktuelle mündliche Informationen
- 7.2. Information zu den Entwicklungsmöglichkeiten für den Bereich obere Leipziger Straße/Riebeckplatz
- 7.3. Information zur Verkehrsberuhigung Kleine Ulrichstraße  
Vorlage: V/2014/12672
- 7.4. Quartalsbericht I/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG  
Vorlage: V/2014/12687
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Anfrage von Herrn Dr. Helbig zum Stand der Pyrolyseanlage
- 8.2. Anfrage von Herrn Sprung zur Merseburger Straße/Regensburger Straße
- 8.3. Anfrage von Herrn Sprung zum Radweg Bernburger Straße
- 8.4. Anfrage von Herrn Feigl zum Hufeisensee
- 8.5. Anfrage von Herrn Felke zum Fernbusverkehr
- 9. Anregungen

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Sänger** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel wird als Top 5.7.1 auf die Tagesordnung genommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.04.2014**

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Die Genehmigung der Niederschrift vom 08.04.2014 wird vertagt.  
Das Wortprotokoll von der Sondersitzung am 25.02.2014 wurde bestätigt.

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ - Abwägungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12442**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der bei der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ gegeneinander und untereinander abzuwägenden öffentlichen und privaten Belange wird in der Form zugestimmt, wie sie im o. g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan Eingang gefunden haben.

**zu 4.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ - Satzungsbeschluss  
Vorlage: V/2014/12443**

---

**Anfrage von Herrn Marquardt**

Hat die Universität hier wirklich keine Stellungnahme abgegeben?

**Antwort von Frau Grimmer**

Ja, das ist keine Pflicht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 7 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 161 „Wohnquartier Niemeyerstraße“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 11.12.2013 als Satzung.
2. Die Begründung in der Fassung vom 11.12.2013 wird gebilligt.
3. Der Stadtrat nimmt den von der Verwaltung abgeschlossenen Durchführungsvertrag zur Kenntnis.

**zu 4.3 Neuerrichtung eines lizenzierten Leistungszentrums für den weiblichen und männlichen Nachwuchs des Hallesche Fußballclubs e. V. am Standort Silberhöhe, 7. WK**  
**Vorlage: V/2014/12541**

---

**Herr van Rissenbeck** führte in das Thema ein.

**Anfrage von Herrn Feigl**

Könnte eine Darstellung zu den Kosten der Schadensumme, der Flächenverfügbarkeit während der Übergangslösung und einem Alternativstandort gegeben werden? Eine Förderung von 50.000 € für einen Verein ist sehr hoch.

**Antwort von Herrn van Rissenbeck**

Es wird nicht mehr Geld ausgegeben als im Rahmen der Schadensabwicklung bewilligt wird.

**Anfrage von Herrn Sängler**

Wird es wieder einen Pachtvertrag geben?

**Antwort von Herrn van Rissenbeck**

Ja, das Gelände wird wieder vom HFC gepachtet.

**Anmerkung von Frau Haupt**

Das Forum Silberhöhe hat die Zustimmung für das Projekt gegeben. Die Flächen sind frei, eine Nutzung wird als Aufwertung gesehen.

**Anfrage von Herrn Marquardt**

Bekommen zwei Vereine, die in Vorleistung gegangen sind, Erstattungsleistungen?

**Antwort von Herrn van Rissenbeck**

Es ist über ein Jahr bekannt, für das Trainingszentrum einen neuen Standort zu suchen. Es gab die Diskussion, ob der Tennisverein nicht auch weggehen soll, aber der hat sich dagegen entschieden. Nach Einschätzung des Vereins sind die Flutschäden mit wenig Geldaufwand reparabel.

**Anfrage von Herrn Feigl**

Ist der Standort unter dem Thema ehemalige Wohnbebauung und Rückbau am Rande der Stadt betrachtet worden?

### **Antwort von Herrn Loebner**

Das Gebiet ist in der Umstrukturierung. Die ehemalige Wohnbebauung ist weggenommen worden. Daher ist es eine sinnvolle Nachnutzung. Bisher gab es keine Planungen oder Ideen, wie dieses Gebiet weiter genutzt werden könnte.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 5 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für die Neuerrichtung des Leistungszentrums für den Nachwuchs des Halleschen Fußballclubs e.V. das Areal westlich der Karlsruher Allee im Stadtteil Silberhöhe, auf den Rückbauflächen innerhalb des 7. Wohnkomplex.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der notwendigen Planung, der Beantragung eines Ersatzneubaus für das Leistungszentrum gemäß der Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013 und den weiteren Bearbeitungsschritten.

**zu 4.4      Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 „Gartenstadt Gesundbrunnen“  
Vorlage: V/2014/12765**

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt unter Berücksichtigung der Auswertung der Stellungnahmen aus der vorangegangenen Bürgerinformation zur Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr. 55 „Gartenstadt Gesundbrunnen“ die Aufhebung der oben genannten Satzung.

**zu 4.5      Bürgerhaushalt Vorschlag B-7 Radwege in Halle-Süd  
Vorlage: V/2014/12462**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 7 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Im Rahmen der geplanten Sanierung des nördlichen Böllberger Weges sollen (wie mit dem Gestaltungsbeschluss bereits bestätigt) auch anspruchsgerechte Verkehrsanlagen für den Radverkehr geschaffen werden.

2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 4.6 Bürgerhaushalt Vorschlag B-9 Budget für Radverkehr**  
**Vorlage: V/2014/12463**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

1. Entsprechend des Stadtratsbeschlusses Nr. V/2012/11160 zur „Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013“ wird die Stadtverwaltung beauftragt, bis zum 2. Quartal 2014 einen aus dem Maßnahmenprogramm zur Herstellung des Radverkehrs-Hauptnetzes (Anlage 10) und der Bedarfsliste für die Errichtung von Fahrradbügeln (Anlage 12) zu entwickelnden Umsetzungsplan für die vordringlichen Maßnahmen zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, welche Maßnahmen wann mit welchen Kosten im Planungshorizont bis 2019 umgesetzt werden sollen. Zu prüfen ist dabei, inwieweit für die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU genutzt bzw. ob durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann. Der Umsetzungsplan stellt die Grundlage für die Ausstattung der neu bis 2015 einzurichtenden Planansätze für Radverkehrsmaßnahmen dar. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt entsprechend dem mit der jeweiligen Haushaltsplanung bereitgestellten Budget.
2. Der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, ist in diesem Sinne zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 4.7 Bürgerhaushalt Vorschlag B-16 Einbahnstraßenregel**  
**Vorlage: V/2014/12464**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Den Bürgervorschlag Nr. 16, im Wohngebiet zwischen Willy-Brandt-Straße und Pfännerhöhe teilweise eine wohngebietsübergreifende Einbahnstraßen-Verkehrsführung zu prüfen, im Ergebnis der Untersuchung der Verwaltung nicht weiter zu verfolgen und als erledigt zu betrachten.

2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 4.8 Bürgerhaushalt Vorschlag B-20 Eine Bank an jede Haltestelle der HAVAG  
Vorlage: V/2014/12465**

---

**Anmerkung von Frau Haupt**

Für jede Haltestelle der HAVAG eine Bank aufzustellen ist sehr sympathisch, aber dafür den Stadtsprecher einzusparen, nicht. Es wird die Stellungnahme des Behindertenbeauftragten verlangt, wurde dieser einbezogen?

**Antwort der Verwaltung**

Der Behindertenbeauftragte wurde im Rahmen der Geschäftsbereichsbeteiligung einbezogen.

**Anfrage von Frau Haupt**

Scheitert dieser Vorschlag letztendlich nur an der Finanzierung?

**Antwort von Frau Riedel**

Für die Bänke gibt es ein bestimmtes Budget pro Jahr. Die Bänke werden durch die EfA aufgestellt und sind somit auf eine machbare Anzahl beschränkt. Bei Realisierung des Antrages innerhalb eines Jahres müsste das „Projekt“ ausgeschrieben werden (incl. Aufstellung der Bänke).

**Anfrage von Herrn Sommer**

Gibt es eine Übersicht, wie viele Bänke seit 2009 aufgestellt worden sind?

**Antwort von Herrn van Rissenbeck**

Diese Übersicht gibt es und kann zur Verfügung gestellt werden. Es sind ca. 40 Bänke seit 2009 aufgestellt worden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 7 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Den Vorschlag, das Stipendium des Stadtschreibers zu streichen und diese Mittel für den Ankauf von Bänken für Haltestellen der HAVAG zu nutzen, nicht umzusetzen.
2. Die Verwaltung hat für eine kontinuierliche Verbesserung des Ausstattungsgrades mit Bänken, durch die Nutzung von finanziellen Möglichkeiten des Regionalisierungsgesetzes zu sorgen, in den nächsten vier Jahren alle Haltestellen mit mehr als 50 Einsteigern pro Tag mit Bänken auszurüsten und
3. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 4.9 Bürgerhaushalt Vorschlag B-67 Radwege  
Vorlage: V/2014/12470**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 7 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Da mit Stadtratsbeschluss Nr. V/2012/11160 vom 30.10.2013 die "Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) – Fortschreibung 2013" beschlossen wurde und diese eine Vielzahl von Maßnahmen zur Herstellung fahrradfreundlicher Verhältnisse in der Stadt Halle (Saale) enthält, kann der Bürgervorschlag als erledigt angesehen werden.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 4.10 Bürgerhaushalt Vorschlag B-75 Kosten- und Aufwand-Reduzierung bei städtischen Bauvorhaben  
Vorlage: V/2014/12471**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 7 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. den Bürgervorschlag nicht weiter zu verfolgen, da die Verwaltung bereits jetzt im unmittelbaren Umfeld von Straßenbauvorhaben Schadstellen als Beilaufleistungen beheben lässt. Auch bei Bauvorhaben der Versorgungsunternehmen (Stadtwerke) wird diese Verfahrensweise sofern Haushaltsmittel zur Verfügung stehen schon angewendet. Bei Schäden, die nach Baumaßnahmen entstehen, werden die vormals bauausführenden Unternehmen im Rahmen der Gewährleistung zur Beseitigung herangezogen.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 4.11 Bürgerhaushalt Vorschlag B-28 Um-/Ausbau des Gimritzer Dammes (Straße)**  
**Vorlage: V/2014/12466**

---

**Anfrage von Herrn Feigl**

Hier soll ja eine Reduzierung der Spurbreite erfolgen, ist das so?

**Antwort von Herrn Neumann**

Hier wurde nur auf den Gestaltungsbeschluss hingewiesen, der ja beschlossen worden ist.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Am vereinfachten Gestaltungsbeschluss vom 30.10.2013 (Vorlage V/2011/09499) wird festgehalten und damit der Bürgervorschlag zum Teil aufgegriffen, das heißt, dass nur zwischen Weinbergweg und der Straße Zur Saaleaue zwei Fahrstreifen vorgesehen sind. Die Straßenbahn kommt/verbleibt in Mittellage und nur am Weinbergweg entsteht ein kreisförmiger Verkehr und
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung**  
**Vorlage: V/2014/12461**

---

Top 5.1 und Top 5.1.1 wurden gemeinsam behandelt.

**Herr Hildebrandt** erläuterte den Antrag und bat um eine Positionierung zu dem Änderungsantrag der FDP Stadtratsfraktion.

**Antwort von Herrn Loebner**

Ein Bebauungsplan ist nicht immer das beste Instrument. Zunächst sollte ein Rahmenplan erstellt werden, aus dem dann die einzelnen Bebauungspläne abgeleitet werden. Es gibt noch Abstimmungen mit der Deutschen Bahn. Analog dem Reibeckplatz wird angestrebt, für die östliche Gleisseite einen Rahmenplan in enger Abstimmung mit der DB AG zu entwickeln.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung unterbreitet Vorschläge, wie die Investitionen in die Bahninfrastruktur stärker für Synergieeffekte zur städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Halle und der Region zu ihrem Wettbewerbsvorteil genutzt werden können. Dies beinhaltet insbesondere eine Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG, wie die Brachflächen und Liegenschaften entlang der Bahnanlagen stärker für Investitionen und Ansiedlungen genutzt werden können.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung (V/2014/12461)  
Vorlage: V/2014/12715**

---

Diskussion siehe Top 5.1.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig abgelehnt

0 Ja-Stimmen  
9 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Text ergänzt:

1. Der Stadtrat beschließt für das Gebiet „Schlachthofviertel“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB einen Bebauungsplan aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst das Gebiet zwischen Güterbahnhof / Bereich DB AG bis Freimfelder Straße und von Delitzscher Straße( L165) bis Berliner Straße.
3. Der Geltungsbereich ist in Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellt.
4. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu  
Erhaltungssatzungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12498**

---

**Frau Haupt** erläuterte den Antrag.

**Anmerkung von Herrn Feigl**

Für Erhaltungssatzungen ist kein genereller Überprüfungsbedarf zu sehen. Es sollten einzelne Erhaltungssatzungen benannt werden, die zu prüfen wären. Der Arbeitsaufwand, alle Erhaltungssatzungen zu überprüfen, wäre zu hoch.

**Anmerkung von Frau Schlüter Gerboth**

Damals wurden die Erhaltungssatzungen schnell beschlossen, um die Fördermittel zu erhalten. Eine Evaluierung ist nie erfolgt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

- 2 Ja-Stimmen
- 4 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Erhaltungssatzungen auf ihre städtebauliche Notwendigkeit und ihre praktische Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und dem Stadtrat bis zum 31. Mai 2014 Vorschläge zur möglichen Abwägung vorzulegen.

Sämtliche bestandsfähigen Erhaltungssatzungen sind auf [www.halle.de](http://www.halle.de) jeweils mit einer Gebietskarte zu veröffentlichen.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Aufwertung der Saaleufer**  
**Vorlage: V/2012/10617**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

- 2 Ja-Stimmen
- 4 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der angekündigten Erstellung eines Leitbilds für die Saale und den umliegenden Raum im Stadtgebiet Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität dafür besonders geeigneter Uferbereiche zu prüfen und dem Stadtrat im Rahmen des Leitbilds vorzulegen.

**zu 5.4 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) für das Areal An der Spitze**  
**Vorlage: V/2014/12531**

---

**Herr Sommer** erläuterte den Antrag.

### **Anmerkung von Herrn Sänger**

Im letzten Ausschuss hat der Staatssekretär erläutert, dass der Gestaltungsbeirat nicht mit einbezogen wird.

### **Anfrage von Herrn Feigl**

Der Antrag ist überholt, die Grundsteinlegung ist in der kommenden Woche.

### **Anfrage von Herrn Felke**

Es gibt doch erst nur eine Teilbaugenehmigung? Ist das Thema der Erschließung mit aufgenommen worden? Für die Anwohner der Spitzestraße ist das wichtig. Gab es Gespräche mit der Verwalterin?

### **Antwort von Frau Foerster**

Ein Gespräch gab es noch nicht. Es gibt ein Angebot auf Akteneinsicht, welches noch nicht wahrgenommen wurde. Die Gebäudeflucht im damaligen Bebauungsplan wird in der jetzigen Planung nicht überschritten.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

- 1 Ja-Stimme
- 5 Nein-Stimmen
- 3 Enthaltungen

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. darzustellen, inwieweit der bestehende B-Plan Nr. 13 seine Rechtswirkung verloren hat,
2. für den vorhandenen Bebauungsplan Nr. 13 von 1996 zum Gesamtareal „An der Spitze“ ein neues Verfahren mit dem Ziel der Verabschiedung eines Satzungsbeschlusses einzuleiten (Bebauungsplan nach § 13a Baugesetzbuch), u.a. mit den Eckpunkten:
  - Art und Maß der baulichen Nutzung für das noch nicht bebaute Grundstück (neben dem künftigen Finanzamt)
  - Freiflächenkonzeption des gesamten Areals
  - Verkehrsflächenkonzeption des gesamten Areals
3. das geplante Vorhaben Neubau des Finanzamtes am Standort „An der Spitze“ unter Berücksichtigung des Beschlusspunktes 2 im Gestaltungsbeirat einzubringen.

**zu 5.5 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur Vernässung auf dem Dautzsch  
Vorlage: V/2014/12620**

---

**Herr Hildebrandt** erläuterte den Antrag.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

- 5 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Vorschläge (insbesondere Verbesserung der Vorflut und der Unterhaltung der Gräben und Drainagen) aus der Pilotuntersuchung zu den Ursachen der Vernässung auf dem Dautzsch umzusetzen. Dies bedeutet insbesondere, dass die Stadt Halle einen Folgeantrag aus dem Landesprogramm zur Bekämpfung der Vernässung stellt, um die für den Dautzsch erarbeiteten Empfehlungen zu finanzieren. Hier ist dem Stadtrat bis zum Sommer 2014 entsprechende Beschlussvorschläge zu machen.
2. Auf dem Dautzsch wird eine Informationsveranstaltung abgehalten, die eine Auswertung der Vernässungsbefragung der Betroffenen zum Inhalt hat.
3. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass über den Bearbeitungsstand zur Vernässungsbewältigung aktuelle Informationen zur Verfügung stehen und durch die Bürgerschaft eingeholt werden können (www.halle.de, Amtsblatt, Aushänge auf dem Dautzsch etc.)

**zu 5.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602**

---

**Frau Haupt** erläuterte den Antrag und verwies auf die Aussage des „Runden Tisch Radverkehr“.

**Antwort von Herrn Möbius**

Mit dem Antrag sollen bestimmte Spielräume eingeschränkt werden. Davon ist abzuraten. Das Richtlinienwerk einzuengen, wurde vom „Runden Tisch Radverkehr“ abgelehnt. Das Ergebnis mit konkreten Vorschlägen soll in einem Katalog zusammengefasst werden. Dieser soll dann zur Diskussion stehen.

**Anfrage von Frau Haupt**

Wäre es sinnvoll, den Antrag zu vertagen bis das Ergebnis vorliegt?

**Antwort von Herrn Möbius**

Ja.

**Anmerkung von Herrn Feigl**

Dem Antrag kann man folgen, eine einheitliche Oberfläche der Radwege wäre angenehm.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Bis ein Ergebnis aus dem Runden Tisch Radverkehr vorliegt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Juli 2014 zum Beschluss vorzulegen.

**zu 5.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel  
Vorlage: V/2014/12596**

---

Top 5.7 und 5.7.1 und 5.7.2 wurden gemeinsam behandelt.

**Herr Felke** erläuterte den Antrag

Der Änderungsantrag ist nicht in allen Punkten akzeptabel. In welcher Weise sind Paulusviertel und Medizinerviertel komplett gleichzustellen? Inwieweit ist das gerechtfertigt? Die Frist, wann erste Vorschläge im Planungsausschuss vorgestellt werden, wurde komplett rausgenommen. Das ist nicht akzeptabel. Werden Gespräche zu dem Parkhaus geführt? Dann muss davon ausgegangen werden, dass das GSZ ohne Parkhaus in Betrieb genommen wird?

**Anfrage von Herrn Dr. Helbig**

Eine Parkraumbewirtschaftung löst das Problem nicht wirklich. Das Problem des Falschparkens im Kreuzungsbereich wird nicht behoben. Es sollen Vorschläge, wie z. B. regelwidriges Parken nachhaltig zu unterbinden, in dieses Konzept aufgenommen werden. Inwieweit ist es möglich zwischen Paulusviertel und Medizinerviertel ein zusätzliches Parkhaus zu realisieren. Gibt es dafür Standorte und welche Kosten würden entstehen?

**Herr Feigl** brachte einen Änderungsantrag Top 5.7.2ein und erläuterte diesen.

**Anmerkung von Herrn Dr. Fikentscher**

Die Polizei und das Ordnungsamt haben mit dem eigentlichen Problem nichts zu tun. Dass das Parkhaus in der Franz-Andres Straße aufgegeben werden musste, weil die Bewohner dort nicht parken wollten, ist eine Tatsache. Die Universität wird kein Parkhaus bauen und den Campus trotzdem betreiben. Das Thema sollte wieder auf den schmalen Begriff zurückgenommen werden, wie ist es möglich den Parkraum innerhalb des Paulusviertel zu entlasten.

**Anfrage von Herrn Dieringer**

Wenn alle Anwohnerparkausweise erhalten, wie sollen sich dann Handwerker und Zulieferer verhalten?

Trotz offensichtlicher Ausübung eines Gewerbes bekommt man eine Ordnungsstrafe.

**Antwort von Herr Felke**

Tagsüber ist parken im Paulusviertel kein Problem. Gewerbetreibende sind als solche zu erkennen. Das müsste mit dem Ordnungsamt geklärt werden.

**Anmerkung von Herrn Feigl**

Der Änderungsantrag soll als Ergänzung des Antrages gesehen werden. Der Parkraum soll bewirtschaftet werden und der Kreuzungsbereich ist im Abstand von 5 - 7m freizuhalten.

**Antwort von Herrn Sänger**

Der Stadtrat kann keine Gesetze verändern!

**Anmerkung von Herrn Dr. Helbig**

Es gibt Möglichkeiten z. B. baulicher-, Pflanz- oder Markierungsmaßnahmen im Kreuzungsbereich, um diesen freizuhalten.

Für ein Parkhaus gibt es theoretisch noch andere Standortmöglichkeiten (Obere Hardenberg Straße, Roßplatz und Dessauer Straße) die aber noch geprüft werden müssten.

**Anfrage von Herrn Felke**

Bis wann könnten erste Vorschläge vorliegen?

**Antwort von Herrn Loebner**

Die Analyseaufgabe ist sehr umfangreich. Deswegen wurde auf 2015 verwiesen. Das Thema des Fremdparkens kann nur gelöst werden, wenn beide Gebiete gleichzeitig erfasst werden.

**Anfrage von Herrn Felke**

Wird die Frist Mitte des Jahres 2015 in den Antrag aufgenommen?

**Antwort von Herrn Loebner**

Ja.

**Herr Felke** übernahm im Namen der SPD Fraktion den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters, mit dem Zusatz, dass der Termin bis Mitte des Jahres 2015 erste Vorschläge im Planungsausschuss vorgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

- 6 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das **Paulus- und Medizinerviertel** ein tragfähiges **Parkraumkonzepte** zu erarbeiten.

Wesentliche **Untersuchungsbestandteile dieser Konzepte** sollten sein:

- **Bewohnerparken** in extrem überparkten Bereichen mit der Option von **Besucherparken** (siehe analog des Modells der Stadtverwaltung Essen)
- freie Parkbereiche in weniger belasteten Arealen
- bewirtschafteter Parkraum in ~~Mischregionen~~ **Bereichen mit Funktionsüberlagerungen**

~~Erste Vorschläge sollen nach der Sommerpause im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorgestellt werden.~~

Der Runde Tisch Radverkehr sollte ebenfalls in die Planung mit einbezogen werden.

**Erarbeitung und Umsetzung der Parkraumkonzepte sollen so weit wie möglich aus zweckgebundenen Stellplatzablösebeträgen finanziert werden. Die Kosten sind entsprechend in den Haushaltsplanungen 2015 und 2016 zu berücksichtigen.“**

zu 5.7.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel**  
Vorlage: V/2014/12797

---

Diskussion siehe Top 5.7.

**Abstimmungsergebnis:** beraten

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das **Paulus- und Medizinerviertel** ein tragfähiges **Parkraumkonzepte** zu erarbeiten.

Wesentliche **Untersuchungsbestandteile dieser Konzepte** sollten sein:

- **Bewohnerparken** in extrem überparkten Bereichen mit der Option von **Besucherparken** (siehe analog des Modells der Stadtverwaltung Essen)
- freie Parkbereiche in weniger belasteten Arealen
- bewirtschafteter Parkraum in ~~Mischregionen~~ **Bereichen mit Funktionsüberlagerungen**

~~Erste Vorschläge sollen nach der Sommerpause im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorgestellt werden.~~

Der Runde Tisch Radverkehr sollte ebenfalls in die Planung mit einbezogen werden.

**Erarbeitung und Umsetzung der Parkraumkonzepte sollen so weit wie möglich aus zweckgebundenen Stellplatzablösebeträgen finanziert werden. Die Kosten sind entsprechend in den Haushaltsplanungen 2015 und 2016 zu berücksichtigen.“**

**zu 5.7.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu einem Parkraumkonzept im Paulusviertel (V/2014/12596)  
Vorlage: V/2014/12851**

---

Diskussion siehe Top 5.7.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

3 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Der Antrag wird um folgende Bestandteile des Konzepts ergänzt:

- **Vorschläge, wie regelwidriges Parken insbesondere in Kreuzungsbereichen nachhaltig unterbunden werden kann**
- **Möglichkeiten auszuloten, eine Entlastung des öffentlichen Raums durch Parkhäuser zu realisieren (verfügbare Flächen, Finanzierung, Investoren usw.)**

**zu 5.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Ausbau der Internetgeschwindigkeit in der Stadt  
Vorlage: V/2014/12617**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

3 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

1. für alle Gebiete der Stadt Halle (Saale), in denen noch kein kabelgebundenes Internet mit mindestens 25 MBit/s (= 3 MByte/s) verfügbar ist, dies öffentlich auszuschreiben und mit Mitteln aus dem Breitbandfonds des Landes Sachsen-Anhalt zu unterstützen,

2. zu prüfen inwieweit ein Ausbau auf 200 MBit/s (= 25 MByte/s) in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern realisiert werden kann.

**zu 5.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Entwicklung einer Schulhofkonzeption für die kommunalen Schulen**  
**Vorlage: V/2014/12616**

---

**Herr Sommer** erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass der Termin sich auf November geändert hat.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

für die Pausen- und Freistundengestaltung der Schülerinnen und Schüler eine Konzeption für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) zu erstellen und **erste Ergebnisse** dem Stadtrat bis Juni **November** 2014 vorzulegen.

In der Konzeption sollen bestehende Defizite (z.B. bei der Schulhofgestaltung oder bei sonstigen Angeboten für Freistunden) und notwendige Maßnahmen zu deren Beseitigung dargestellt werden. Gleichzeitig sollen Prioritäten für die zeitliche Umsetzung dieser Maßnahmen gesetzt werden. Die Schulleitungen und Schülervertretungen der Schulen sind bei der Konzepterstellung in geeigneter Weise zu beteiligen.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 aktuelle mündliche Informationen**

---

Es gab keine mündlichen Mitteilungen.

**zu 7.2 Information zu den Entwicklungsmöglichkeiten für den Bereich obere Leipziger Straße/Riebeckplatz**

---

**Herr Kummer** stellte die Entwicklungsmöglichkeiten für den Bereich obere Leipziger Straße/Riebeckplatz vor.

**zu 7.3 Information zur Verkehrsberuhigung Kleine Ulrichstraße**  
**Vorlage: V/2014/12672**

---

**Herr Möbius** informierte über die geplante Verkehrsberuhigung in der Kleine Ulrichstraße. Im Anschluss gab es Nachfragen zu den einzelnen Straßenführungen, die von **Herrn Möbius** erläutert wurden.

**Abstimmungsergebnis:** Kenntnis genommen

**zu 7.4 Quartalsbericht I/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG**  
**Vorlage: V/2014/12687**

---

**Abstimmungsergebnis:** Kenntnis genommen

**zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**zu 8.1 Anfrage von Herrn Dr. Helbig zum Stand der Pyrolyseanlage**

---

**Anfrage von Herrn Dr. Helbig**

Wie ist der Planungsstand zu Pyrolyseanlage im Hafen von Trotha?  
Die Verwaltung antwortet schriftlich.

**zu 8.2 Anfrage von Herrn Sprung zur Merseburger Straße/Regensburger Straße**

---

**Anfrage von Herrn Sprung**

Wer und was wird in der Merseburger Straße/Regensburger Straße schon seit einem Jahr gebaut?

**Antwort von Frau Foerster**

Das ist eine Maßnahme der DB. Die Verwaltung wird nachfragen und die Antwort weiterreichen.

**zu 8.3 Anfrage von Herrn Sprung zum Radweg Bernburger Straße**

---

**Anfrage von Herrn Sprung**

In der Bernburger Straße wurde die Fahrbahn abgehobelt. Der Radweg ist nicht mehr vorhanden und auch keine Schilder für Radfahrer. Wo sollen zukünftig Radfahrer fahren?

**Antwort von Herrn Möbius**

Der Fußweg stadteinwärts war für Fußgänger und Radfahrer geteilt. Dies musste nach Prüfung der Radwegebenutzungspflicht weggenommen werden. Derzeit wird über eine Markierung (Schutzstreifen) auf der Straße nachgedacht, dann müssten die Fahrzeuge auf dem Gleis fahren.

**Vorschlag von Herrn Sprung**

Die Bordabsenkung zum Auffahren auf den Radweg ist noch vorhanden. Das führt zur Verwirrung und sollte beseitigt werden.

Die Verwaltung nimmt dies mit.

**zu 8.4 Anfrage von Herrn Feigl zum Hufeisensee**

---

**Anfrage von Herrn Feigl**

Ist für den Hufeisensee ein vorzeitiger Maßnahmebeginn beantragt?

**Antwort von Herrn Loebner**

Nein.

**zu 8.5      Anfrage von Herrn Felke zum Fernbusverkehr**

---

**Anfrage von Herrn Felke**

Bezogen auf die Antwort zum Anfahren der Bussteige vom Fernbusverkehr.

Es gibt 4 Buslinienbetreiber, die Fahrgäste stehen abseits, ohne Wartehäuschen usw. Der zustand ist unmöglich. Im Landtag ist ausdrücklich darauf verwiesen worden, dass die Kommunen die Möglichkeiten haben, Nutzungsgebühren von den Verkehrsunternehmen zu verlangen. Wurde dies von der Verwaltung geprüft?

Die Verwaltung nimmt dies mit.

**zu 9      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.06.14

---

Uwe Stäglin  
Beigeordneter

---

Frank Sänger  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Schönberg  
Protokollführerin